

## Auftrag Tenchio betreffend Einführung einer nationalen Erdbebenversicherung

Die Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF) verabschiedete am 30. Juni 2017 das Eckwertpapier über die Schaffung eines Interkantonalen Konkordates für eine obligatorische Erdbebenversicherung (IKEV). Sie vertrat die Position, dass ein Konkordat einzuführen sei, wenn eine Anzahl Kantone beitreten würde, die zusammen mindestens 85% der zu versichernden Gebäude und Sachwerte der Schweiz abdeckten. Am 26. September 2017 löste die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) eine Konsultation unter den Regierungen aus: Die Kantone sollten sich auf der Grundlage des genannten Eckwertpapiers verbindlich zur Schaffung eines IKEV äussern. 13 Kantone (BE, UR, OW, NW, GL, FR, SO, BS, BL, SH, SG, VS, JU) befürworteten die Ausarbeitung eines Konkordats. Zehn Kantone (ZH, LU, SZ, ZG, AR, AI, AG, TG, VD, NE) lehnen ein solches aus unterschiedlichen Gründen ab. Drei Kantone (GR, TI, GE) lehnen ein Konkordat zwar grundsätzlich ab, wären aber allenfalls bereit, sich einer Konkordatslösung anzuschliessen, falls diese ausgearbeitet würde. Weil die zur Abdeckung erforderliche Zahl von mindestens 85% der zu versichernden Gebäude und Sachwerte der Schweiz nicht zustande gekommen war, verzichtet nun die KdK darauf, der RK MZF ein Mandat zur Erarbeitung eines IKEV zu erteilen, weshalb die Schaffung eines interkantonalen Konkordats auf der Basis der Solidarität als gescheitert anzusehen ist.

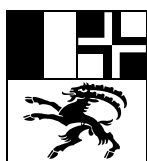
Weite Teile des Kantons Graubünden weisen eine mittlere Erdbebengefährdung auf, das Engadin eine erhöhte. Erdbebengerecht gebaute Wohn- und Geschäftsgebäude werden in der Schweiz für Erschütterungen ausgelegt, die an ihrem Standort durchschnittlich einmal innerhalb von 500 Jahren zu erwarten sind. Das stärkste bekannte Beben in Graubünden ereignete sich im Jahr 1295 im Raum Churwalden (Intensität VIII). Sollte es sich wiederholen, wären innerhalb des Kantons Gesamtschäden von rund 12 Milliarden CHF zu erwarten, die durch den vorhandenen Erdbebenpool nur zu einem kleinen Bruchteil getragen werden würden. Vgl. auf <http://www.seismo.ethz.ch/de/knowledge/earthquake-country-switzerland/index.html> die Karte der Epizentren aller instrumentell aufgezeichneten Erdbeben von 1975 bis 2015 mit einer Magnitude ab 2.

Das Erdbeben – so die RK MZF im Eckwertpapier – ist die Naturgefahr mit dem höchsten Schadenpotenzial für die Schweiz, unterliegt aber nur einer freiwilligen Versicherung mit relativ hohen Prämien. Selbst wenn ein starkes Erdbeben in der Schweiz relativ selten auftritt, geht damit ein grosses Risiko für Menschenleben und Sachwerte mit enormen volkswirtschaftlichen Schäden einher (und zwar für die Einwohnerinnen und Einwohner, GrundeigentümerInnen und die kreditfinanzierenden Banken). Aufgrund des sehr hohen Schadenpotentials bei Erdbeben in der Schweiz und in Graubünden und des weitgehenden Fehlens einer Versicherungsdeckung für Erdbebenschäden, ist angesichts des Scheiterns der Konkordatslösung eine solidarische nationale Erdbebenversicherung zu schaffen, die sich auf mehrere Lastenträger (die 19 kantonalen Gebäudeversicherungen und die privaten Versicherer in den GUSTAVO-Kantonen [GE, UR, SZ, TI, AI, VS und QW], der Bund und die Eigentümer) verteilt.

Zufolge Scheiterns der Konkordatsbemühungen der Kantone, basierend auf dem Grundsatz der Solidarität, wird die Regierung gestützt auf Art. 160 BV und Art. 59 Abs. 1 der Verfassung des Kantons Graubünden (KV; BR 110.100) beauftragt, der Bundesversammlung eine Standesinitiative einzureichen, die den Erlass einer Verfassungsgrundlage für die Einführung einer nationalen Erdbebenversicherung für Gebäude und Aufräumungsarbeiten mit Beteiligung des Bundes und der Versicherer sowie tragbaren Prämien für die Eigentümer verlangt.

Chur, 16. April 2018

**Tenchio**, Niggli (Samedan), Albertin, Atanes, Blumenthal, Bondolfi, Caduff, Caluori, Casanova (Ilanz), Casutt-Derungs, Cavegn, Caviezel (Chur), Cramerli, Darms-Landolt, Della Vedova, Dermont, Dosch, Epp, Fasani, Florin-Caluori, Foffa, Joos, Locher Benguerel, Märchy-Caduff, Michael (Castasegna), Monigatti, Niederer, Noi-Togni, Perl, Pult, Sax, Tomaschett (Breil), Tomaschett-Berther (Trun), von Ballmoos, Zanetti, Berther (Segnas), Buchli (Tenna), Degiacomi, Lombardi



Sitzung vom

26. Juni 2018

Mitgeteilt den

27. Juni 2018

Protokoll Nr.

522

## **Auftrag Tenchio**

betreffend Einführung einer nationalen Erdbebenversicherung

### **Antwort der Regierung**

Das Erdbebenrisiko ist das grösste Elementarschadenrisiko schweizweit, wobei Risiko als Eintretenswahrscheinlichkeit multipliziert mit dem Schadenausmass zu verstehen ist. Die Eintretenswahrscheinlichkeit eines Erdbebens der Intensität VII und höher ist sehr gering (alle 500 Jahre einmal in der Schweiz), was die Versicherbarkeit nicht einfacher beziehungsweise wegen des seltenen Ereignisses schwierig macht. Eine nationale Versicherung würde volkswirtschaftlich viel Kapital (zwischen 10 und 30 Milliarden Franken) binden, da zur Absicherung eines sehr seltenen Ereignisses sehr langfristige Rückstellungen gemacht würden oder Rückversicherungsprämien bezahlt werden müssten. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass verschiedene Privatversicherer den interessierten Gebäudeeigentümern eine Erdbebenversicherung anbieten.

Eine repräsentative Umfrage der Gebäudeversicherung Graubünden im Jahr 2012 ergab, dass lediglich rund ein Viertel der Gebäudeeigentümer Interesse an einer obligatorischen Erdbebenversicherung hätten. Im Rahmen einer Umfrage der Gebäudeversicherung Graubünden im vergangenen Jahr haben die Hälfte der Gebäudeeigentümer eine Erdbebenversicherung befürwortet, allerdings unter sehr tiefen Prämienvorstellungen.

Seit dem Jahr 2000 wurden auf parlamentarischer Ebene verschiedene Vorstösse eingereicht, die bis auf die Motion von Nationalrat Fournier aus dem Jahr 2012 durchgehend abgeschrieben wurden. Auch der vom Kanton Basel Stadt am 10. Juni 2015 eingereichten Standesinitiative wurde mit Beschluss des Nationalrates am 20. September 2016 und des Ständerates am 15. Dezember 2016 keine Folge geleistet. Auch die von der Konferenz der Kantonsregierungen in Auftrag gegebene Abklärung bei den Kantonen bezüglich der Schaffung eines Konkordats ergab, dass die für das Zustandekommen des Konkordats notwendige Anzahl Kantone, die zusammen mindestens 85 Prozent der zu versichernden Gebäude und Sachwerte der

Schweiz abdecken, nicht erreicht werden kann. Entsprechend hat die Konferenz der Kantonsregierungen darauf verzichtet, einen entsprechenden Konkordatsentwurf ausarbeiten zu lassen.

Angesichts der Tatsache, dass ein Teil der Kantone eine gesamtschweizerische obligatorische Erdbebenversicherung ablehnt und insbesondere erst vor gut einem Jahr der Standesinitiative des Kantons Basel Stadt keine Folge geleistet wurde, erscheint der Einreichung einer analogen Standesinitiative durch den Kanton Graubünden wenig Erfolg beschieden zu sein.

Wie dem Votum von Ständerat Stefan Engler in der Junisession 2018 des Ständerates vom 12. Juni 2018 (Nr. 14.054) zu entnehmen ist, wurde ein neuer Vorschlag aufgebracht, der die Nachteile der "Zwangsversicherung" (teure Prämien für die Eigentümer und grosse Kapitalbindung auf Vorrat) eliminieren würde. Es ist dies eine Form der Solidarhaftung, welche die Hauseigentümer erst im Fall eines Erdbebens verpflichten würde, einen maximalen Prozentsatz ihrer Versicherungswerte in eine solche Verpflichtung zu leisten. Mit beispielsweise 0,7 Prozent der gesamten Gebäudeneuwert-Versicherungssumme der Schweiz könnten Leistungen von ungefähr 20 Milliarden Franken garantiert werden. Rein rechnerisch müsste ein Gebäudeeigentümer mit einer Versicherungssumme von einer halben Million Franken alle 500 Jahre 3 500 Franken bezahlen, um gesamtschweizerisch eine Deckung in der Höhe von 20 Milliarden zu erreichen. Diese Leistung würde aber erst fällig, wenn tatsächlich ein Ereignis eintritt. Solche Vorschläge gilt es näher zu prüfen. Die Regierung wird die Diskussion um diese Vorschläge weiterverfolgen und sobald Ergebnisse vorliegen, vertieft prüfen. Auch wird der Vorsteher des Departements für Justiz, Sicherheit und Gesundheit die Thematik zu gegebener Zeit erneut der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF) zur Diskussion vorlegen.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

Dr. Mario Cavigelli

Daniel Spadin

**Incumbensa Tenchio concernent l'introducziun d'ina assicuranza naziunala da donns da terratrembels**

Ils 30 da zercladur 2017 ha la conferenza da las regenzas en fatgs da militar, da protecziun civila e da pumpiers (CR MCP) deliberà in document cun valurs directivas per stgaffir in concordat interchantunal per in'assicuranza obligatorica da donns da terratrembels (CIAT). Ella è stada da l'avis d'introducir in concordat, sch'il dumber da chantuns che sa participass cuvriss ensemen almain 85 % dals edifizis e da las valurs materialas da la Svizra che stuessan vegnir assicurads. Ils 26 da settember 2017 ha la conferenza da las regenzas chantunales (CdC) realisà ina consultaziun tar las regenzas: Ils chantuns èn vegnids envidads da s'exprimer sin basa dal document menziunà liantamain davart l'idea da stgaffir in CIAT. 13 chantuns (BE, UR, OW, NW, GL, FR, SO, BS, BL, SH, SG, VS, JU) beneventan l'elavuraziun d'in concordat. 10 chantuns (ZH, LU, SZ, ZG, AR, AI, AG, TG, VD, NE) refusan in tal per differents motivs. Trais chantuns (GR, TI, GE) refusan bain da princip in concordat, fissan dentant eventualmain pronts da sa participar ad ina soluziun da concordat, sch'in tal vegniss elavurà. Perquai ch'il dumber necessari d'almain 85 % edifizis e valurs materialas assicuradas en Svizra n'è betg vegnì cuntanschì, desista ussa la CdC da dar a la CR MCP in mandat per elavurar in CIAT, uschia che la realisaziun d'in concordat interchantunal sin basa da la solidaritad ha fatg naufragi.

Ina gronda part dal territori dal chantun Grischun è exponì ad in privel da terratrembels mesaun, l'Engiadina ad in grond. Edifizis d'abitar e da fatschenta construids uschia ch'els pon resister a terratrembels vegnan concepids en Svizra per vibraziuns che pon vegnir spetgadas en quel lieu en media ina giada entaifer 500 onns. Il terratrembel il pli ferm ch'è enconuschent en il Grischun hai dà l'onn 1295 en la regiun da Churwalden (intensità VIII). Sch'el avess da sa repeter, fissan da spetgar donns totals da var 12 milliardas francs entaifer il chantun. Quels vegnissan finanziads mo per ina pitschna part or dal pool svizzer per cuvrir donns da terratrembels existent. Cf. sin <http://www.seismo.ethz.ch/de/knowledge/earthquake-country-switzerland/index.html> la charta dals epicenters da tut ils terratrembels cun ina magnituda da 2 ch'èn vegnids registrads cun instruments da l'onn 1975 fin l'onn 2015.

Il terratrembel – uschia il CR MCP en ses document – è il privel da la natira cun il potenzial da donns il pli grond per la Svizra, è dentant suttamess mo ad in'assicuranza facultativa cun premias relativamain autas. Er sch'i dat relativamain darar terratrembels fermes en Svizra, èn quels ina gronda ristga per ils umans e per las valurs materialas e chaschunan donns enorms per l'economia publica (e quai per las abitantas ed ils abitants, per las proprietarias ed ils proprietaris d'in bain immobigliar sco er per las bancas che finanzieschan credits). Pervia dal fitg grond potenzial da donns da terratrembels en Svizra ed en il Grischun e perquai ch'i manca er vinavant ina garanzia tras l'assicuranza da donns da terratrembels, sto vegnir stgaffida – pervia dal naufragi da la soluziun da concordat – in'assicuranza naziunala da donns da terratrembels solidarica che vegn repartida sin plirs purtaders dals custs (las 19 assicuranzas chantunales d'edifizis e las assicuranzas privatas dals chantuns GUSTAVO [GE, UR, SZ, TI, AI, VS und OW], la confederaziun sco er las proprietarias ed ils proprietaris).

Perquai che las stentas dals chantuns per far in concordat, che sa basa sin il princip da solidaritad, han fatg naufragi, vegn la regenza incumbensada – sin fundament da l'art. 160 Cst. e da l'art. 59 al. 1 da la constituziun dal chantun Grischun (CC; DG 110.100) – d'inoltrar a l'assemblea federala ina iniziativa dal chantun che pretenda d'introducir in'assicuranza naziunala da donns da terratrembels per edifizis e per lavurs da rumida cun ina participaziun da la confederaziun e da las assicuranzas sco er cun premias supportablas per las proprietarias ed ils proprietaris.

Cuira, ils 16 d'avrigl 2018

**Tenchio**, Niggli (Samedan), Albertin, Atanes, Blumenthal, Bondolfi, Caduff, Caluori, Casanova (Glion), Casutt-Derungs, Cavegn, Caviezel (Cuira), Crameri, Darms-Landolt, Della Vedova, Dermont, Dosch, Epp, Fasani, Florin-Caluori, Foffa, Joos, Locher Benguerel, Märchy-Caduff, Michael (Castasegna), Monigatti, Niederer, Noi-Togni, Perl, Pult, Sax, Tomaschett (Breil), Tomaschett-Berther (Trun), von Ballmoos, Zanetti, Berther (Segnas), Buchli (Tenna), Degiacomi, Lombardi



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

26 da zercladur 2018

27 da zercladur 2018

522

### **Incumbensa Tenchio**

concernent l'introducziun d'ina assicuranza naziunala da donns da terratrembels

### **Resposta da la regenza**

La ristga da terratrembels è la ristga da donns elementars la pli gronda en Svizra. La ristga è da chapir sco probabilitad ch'in eveniment capita multiplitgada cun la dimensiun dal donn. La probabilitad ch'i capita in terratrembel da l'intensitad VII e pli gronda è fitg pitschna (ina giada mintga 500 onns en Svizra). Perquai che l'eveniment capita fitg darar, èsi anc pli difficil d'assicurar quel. In'assicuranza naziunala liass bler chapital da l'economia publica (tranter 10 e 30 milliardas francs). Per segirar in eveniment fitg rar stuessan vegnir fatgas retenziuns da fitg lunga durada u stuessan vegnir pajadas premias da reassicuranza. En quest lieu stoi vegnir rendì attent che differents assicuraders privats porschan a las proprietarias ed als proprietaris d'edifizis interessads in'assicuranza da donns da terratrembels.

In'enquista represchentativa da l'assicuranza d'edifizis dal Grischun realisada l'onn 2012 ha mussà che mo circa in quart da las proprietarias e dals proprietaris d'edifizis avessan interess vi d'ina assicuranza obligatorica da donns da terratrembels. En il rom d'ina enquista che l'assicuranza d'edifizis dal Grischun ha fatg l'onn passà ha la mesadad da las proprietarias e dals proprietaris d'edifizis beneventà in'assicuranza da donns da terratrembels, però cun l'idea da premias fitg bassas.

Dapi l'onn 2000 èn vegnidas inoltradas differentas intervenziuns sin plaun parlamentar. Cun excepziun da la moziun dal cusseglier naziunal Fournier da l'onn 2012 èn tuttas vegnidas stritgadas. Er a l'iniziativa dal chantun che Basilea-Citad ha inoltrà ils 10 da zercladur 2015, n'è betg vegnì dà suatientscha cun il conclus dal cussegl naziunal dals 20 da settember 2016 e dal cussegl dals chantuns dals 15 da december 2016. Dals scleriments che la conferenza da las regenzas chantunalas ha laschà far ils chantuns areguard la realisaziun d'in concordat è resultà ch'il dumber da chantuns ch'è necessari per cuvrir almain 85 pertschient dals edifizis assicurads e da las valurs materialas assicuradas da la Svizra ch'i dovra per realisar il concordat, na po

betg vegnir cuntanschì. Correspondentamain ha la conferenza da las regenzas chantunalas desistì da laschar elavurar in sboz da concordat correspondent.

En vista als fatgs ch'ina part dals chantuns refusa in'assicuranza obligatorica nazionala da donns da terratrembels ed en spezial ch'i n'è betg vegnì dà suatientscha a l'iniziativa dal chantun Basilea-Citad d'avant bundant in onn, na vegn l'inoltraziun d'ina iniziativa analoga dal chantun Grischun strusch ad avair dapli success.

Dal votum dal cusseglier dals chantuns Stefan Engler dals 12 da zercladur 2018 (nr. 14.054) en la sessiun da zercladur 2018 dal cussegl dals chantuns resulta, ch'igl è vegnida fatga ina nova proposta ch'eliminass ils dischavantatgs da la "assicuranza obligatorica" (premas charas per las proprietarias ed ils proprietaris e bler chapital lià sin reserva). Quai è ina furma da responsabladad solidarica che obligass las proprietarias ed ils proprietaris d'edifizis da pajar ina procentuala maximala da las valurs d'assicuranza en ina tala obligaziun finanziaria pir en cas d'in terratrembel. Cun per exempel 0,7 pertschient da tut la summa d'assicuranza da la valur da nov d'in edifizis en Svizra pudessan vegnir garantidas prestaziuns da circa 20 milliardas francs. Sin basa puramain matematica stuess la proprietaria u il proprietari d'in edifizis cun ina summa d'assicuranza d'in mez milliun francs pajar mintga 500 onns 3500 francs per cuntanscher ina garanzia da 20 milliardas francs en tut la Svizra. Quest pajament stuess dentant vegnir fatg mo, sch'in eveniment capitass efectivamain. Talas propostas ston vegnir examinadas pli detagliadamain. La regenza vegn a perseguitar vinavant la discussiun davart talas propostas ed ad examinar detagliadamain quellas, cur ch'i èn avant maun resultats concrets. Cur ch'igl è uschè lunsch, vegn il schef dal departament da giustia, segirezza e sanadad er a preschentar la tematica da nov a la conferenza da las regenzas en fatgs da militar, da protecziun civila e da pum-piers (CR MCP).

Sa basond sin questas consideraziuns propona la regenza al cussegl grond da refusar questa incumbensa.



En num da la regenza

Il president:

Il chancelier:

Dr. Mario Cavigelli

Daniel Spadin

**Incarico Tenchio concernente l'introduzione di un'assicurazione nazionale contro i terremoti**

Il 30 giugno 2017 la Conferenza governativa per gli affari militari, la protezione civile e i pompieri (CG MPP) ha approvato il documento quadro sulla creazione di un concordato intercantonale sull'assicurazione obbligatoria contro i terremoti (CIAT). Essa ha sostenuto che un concordato andrebbe introdotto qualora vi aderisse un numero di Cantoni che insieme comprendono almeno l'85% degli edifici e dei valori materiali da assicurare in Svizzera. Il 26 settembre 2017 la Conferenza dei governi cantonali (CdC) ha avviato una consultazione tra i governi: i Cantoni sono stati invitati a esprimersi in modo vincolante, sulla base del documento quadro menzionato, in merito alla creazione di un CIAT. Sono stati 13 i Cantoni (BE, UR, OW, NW, GL, FR, SO, BS, BL, SH, SG, VS, JU) che si sono espressi a favore dell'elaborazione di un concordato. Dieci Cantoni (ZH, LU, SZ, ZG, AR, AI, AG, TG, VD, NE) hanno rifiutato un tale concordato per motivi diversi. Tre Cantoni (GR, TI, GE) sono in linea di principio contrari a un concordato, ma sarebbero eventualmente disposti ad aderire a una soluzione di concordato se dovesse essere elaborata. Siccome la soglia necessaria di almeno l'85% degli edifici e dei valori materiali da assicurare in Svizzera non è stata raggiunta, la CdC ha rinunciato a conferire alla CG MPP un mandato per l'elaborazione di un CIAT. Di conseguenza, la creazione di un concordato intercantonale su base solidale è da considerare fallita.

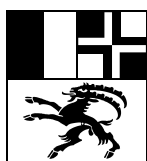
Ampie parti del Cantone dei Grigioni presentano un pericolo sismico medio, l'Engadina invece è una zona con un pericolo sismico elevato. In Svizzera, gli edifici abitativi e commerciali antisismici sono in grado di resistere a scosse che nella rispettiva ubicazione sono attese in media una volta ogni 500 anni. Il terremoto più forte noto nei Grigioni si è verificato nel 1295 nella regione di Churwalden (grado VIII). Se dovesse ripetersi un terremoto di tale intensità, sul territorio del Cantone sarebbero da attendersi danni pari complessivamente a circa 12 miliardi di franchi, i quali sarebbero solo in piccolissima parte coperti dal pool terremoti esistente. Vedi all'indirizzo <http://www.seismo.ethz.ch/it/knowledge/earthquake-country-switzerland/index.html> la carta degli epicentri di terremoti registrati strumentalmente dal 1975 al 2015 aventi magnitudo di almeno 2.

Secondo quanto affermato dalla CG MPP nel documento quadro, il terremoto rappresenta il pericolo naturale con il maggiore potenziale di danno in Svizzera, ma l'assicurazione contro tale evento è facoltativa e i premi sono relativamente elevati. Anche se in Svizzera un terremoto di forte intensità si verifica relativamente di rado, ad esso è associato un grande rischio per vite umane e valori materiali con danni economici enormi (sia per gli abitanti e i proprietari di fondi, sia per le banche che devono finanziare i crediti). Dato il potenziale di danno molto elevato in caso di terremoti in Svizzera e nei Grigioni e vista l'assenza quasi completa di una copertura assicurativa per danni causati da terremoti, in considerazione del fallimento della soluzione di concordato va creata un'assicurazione nazionale contro i terremoti che sia ripartita tra diversi enti che si assumono gli oneri (le 19 assicurazioni fabbricati cantonali e gli assicuratori privati nei Cantoni GUSTAVO [GE, UR, SZ, TI, AI, VS e QW], la Confederazione e i proprietari).

A seguito del fallimento degli sforzi intrapresi da parte dei Cantoni a favore della creazione di un concordato nonché sulla base del principio di solidarietà, in virtù dell'art. 160 Cost. e dell'art. 59 cpv. 1 della Costituzione del Cantone dei Grigioni (Cost. GR; CSC 110.100), il Governo viene incaricato di presentare all'Assemblea federale un'iniziativa cantonale con la quale venga richiesta l'emanazione di una base costituzionale per l'introduzione di un'assicurazione nazionale contro i terremoti per edifici e lavori di sgombero che preveda la partecipazione della Confederazione e degli assicuratori nonché premi sostenibili per i proprietari.

Coira, 16 aprile 2018

**Tenchio**, Niggli (Samedan), Albertin, Atanes, Blumenthal, Bondolfi, Caduff, Caluori, Casanova (Ilanz), Casutt-Derungs, Cavegn, Caviezel (Coira), Crameri, Darms-Landolt, Della Vedova, Dermont, Dosch, Epp, Fasani, Florin-Caluori, Foffa, Joos, Locher Benguerel, Märchy-Caduff, Michael (Castasegna), Monigatti, Niederer, Noi-Togni, Perl, Pult, Sax, Tomaschett (Breil), Tomaschett-Berther (Trun), von Ballmoos, Zanetti, Berther (Segnas), Buchli (Tenna), Degiacomi, Lombardi



Seduta del

26 giugno 2018

Comunicata il

27 giugno 2018

Protocollo n.

522

### **Incarico Tenchio**

concernente l'introduzione di un'assicurazione nazionale contro i terremoti

### **Risposta del Governo**

Il rischio sismico rappresenta il maggiore rischio di danni della natura in tutta la Svizzera. Tale rischio è da intendere quale probabilità che si verifichi un evento, moltiplicata per l'entità dei danni. La probabilità che si verifichi un terremoto di intensità VII o superiore è bassa (una volta ogni 500 anni in Svizzera), fatto che non semplifica l'assicurabilità, anzi la complica perché un tale evento si verifica molto raramente. Dal punto di vista dell'economia pubblica, un'assicurazione nazionale vincolerebbe molto capitale (tra 10 e 30 miliardi di franchi), dato che per assicurare un evento che si verifica molto raramente dovrebbero essere creati degli accantonamenti a termine molto lungo o dovrebbero essere pagati premi di riassicurazione. In questa sede desideriamo rendere attenti al fatto che diversi assicuratori privati offrono ai proprietari di edifici interessati un'assicurazione contro i terremoti.

Da un sondaggio rappresentativo condotto nel 2012 dall'Assicurazione fabbricati dei Grigioni è emerso che soltanto circa un quarto dei proprietari di edifici sarebbe interessato a un'assicurazione obbligatoria contro i terremoti. Nel quadro di un sondaggio dell'Assicurazione fabbricati dei Grigioni svolto lo scorso anno, la metà dei proprietari di edifici si è dichiarata favorevole a un'assicurazione contro i terremoti, tuttavia a condizione che i premi siano molto bassi.

Dal 2000 sono stati presentati diversi interventi parlamentari che sono tutti stati stralciati, ad eccezione della mozione del consigliere nazionale Fournier presentata nel 2012. Con decreto del Consiglio nazionale del 20 settembre 2016 e decreto del Consiglio degli Stati del 15 dicembre 2016 non si è dato seguito neanche all'iniziativa cantonale presentata il 10 giugno 2015 dal Cantone di Basilea Città. Anche dagli accertamenti commissionati dalla Conferenza dei governi cantonali svolti presso i Cantoni concernenti la creazione di un concordato è emerso che non è possibile raggiungere il numero di Cantoni necessario per la riuscita del concordato, dato che insieme i Cantoni aderenti devono coprire almeno l'85 per cento degli edifici e dei

valori da assicurare in Svizzera. Di conseguenza, la Conferenza dei governi cantonali ha rinunciato a far elaborare una relativa bozza di concordato.

In considerazione del fatto che una parte dei Cantoni respinge un'assicurazione contro i terremoti obbligatoria a livello nazionale e perché solo poco più di un anno fa è stata respinta l'iniziativa cantonale del Cantone di Basilea Città, un'iniziativa cantonale analoga presentata da parte del Cantone dei Grigioni sembra destinata ad avere poco successo.

Come si può evincere dall'intervento del 12 giugno 2018 del Consigliere agli Stati Stefan Engler in occasione della sessione di giugno 2018 del Consiglio degli Stati (n. 14.054), è stata presentata una nuova proposta che eliminerebbe gli svantaggi di un'assicurazione obbligatoria (premi elevati per i proprietari e vincolo di grandi capitali in riserva). Questa è una forma di responsabilità solidale la quale avrebbe come conseguenza che soltanto in caso di terremoto i proprietari di case sarebbero obbligati a versare una percentuale massima dei loro valori di assicurazione. Ad esempio: con lo 0,7 per cento della somma di assicurazione complessiva dei valori a nuovo dei fabbricati in Svizzera potrebbero essere garantite prestazioni per circa 20 miliardi di franchi. Dal punto di vista meramente calcolatorio, un proprietario di edifici con una somma di assicurazione pari a mezzo milione di franchi dovrebbe pagare 3 500 franchi ogni 500 anni affinché a livello nazionale possa essere raggiunta una copertura pari a 20 miliardi di franchi. Questa prestazione diventerebbe però esigibile soltanto qualora si verificasse effettivamente un evento. Simili proposte vanno approfondite. Il Governo continuerà a seguire la discussione relativa a queste proposte e procederà a un esame più approfondito non appena saranno stati presentati dei risultati. Inoltre, a tempo debito il direttore del Dipartimento di giustizia, sicurezza e sanità sottoporrà nuovamente la tematica alla Conferenza governativa per gli affari militari, la protezione civile e i pompieri (CG MPP) per la discussione.

A seguito di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere l'incarico in oggetto.



In nome del Governo

Il Presidente:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Cavigelli".

Dr. Mario Cavigelli

Il Cancelliere:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Daniel Spadin".

Daniel Spadin